

Edgar Weiß

Empörung ist angezeigt

"Die Zukunft gehört der Gewaltlosigkeit und der Versöhnung der Kulturen"¹, - diese Überzeugung trieb den Diplomaten, Menschenrechtler und ehemaligen KZ-Häftling Stéphane Hessel noch im Alter von 93 Jahren zu seinem Appell "Indignez-vous!", "Empört Euch!", - zu jenem Aufruf zu einem "Aufstand der Friedfertigkeit"², der vor vier Jahren für nur allzu kurze Zeit auf eine gewisse mediale Aufmerksamkeit stieß.

Die Initiative "Hochschulen für den Frieden - Ja zur Zivilklausel", deren Ergebnisse hier heute mit mehreren tausend Unterschriften auf ermutigende Weise präsentiert werden konnten, würde gewiss den Zuspruch Hessels, sofern er noch lebte, gefunden haben. Wörtlich ist im Namen einer konsequent zivilen Forschung und Lehre und damit im Namen des Friedens auch in ihr von "Empörung" die Rede: von Empörung darüber, dass an unseren Hochschulen in diversen Fächern systematisch Militärforschung betrieben wird und dass die zur Berufsarmee umgebaute Bundeswehr an deutschen Hochschulen gezielt Nachwuchs rekrutieren und vermittelst vieler Aktivitäten unmittelbar auf Forschung und Lehre Einfluss nehmen darf.³

Aus der Perspektive einer Pädagogik, der es ernsthaft um Frieden geht, kann es nicht zweifelhaft sein, dass solche Empörung an der Zeit ist. Um ökonomischer Vorteile und politischer oder religiöser Machtansprüche willen geführte Kriege in verschiedenen Gebieten der Erde, Bilder von Kriegsoptionen und Flüchtlingselend, Meldungen über Waffenlieferungen in Krisengebiete und über Erwägungen neuer Militäreinsätze mit auch deutscher Beteiligung bestimmen die täglich auf uns kommenden Medieninformationen. Konfliktforschungsinstitute vergleichen die aktuelle Weltsituation mit der dem Ersten Weltkrieg vorangegangenen und schließen jenseits der heutigen sogenannten "kleinen Kriege" auch eine internationale Eskalation zu einem künftigen Großmachtkrieg inzwischen nicht mehr aus.⁴

In dieser Situation ist es gewiss angezeigt, daran zu erinnern, dass moderne Kriege ohne Wissenschaft und Technik nicht geführt werden können, dass sich

¹ Stéphane Hessel, *Empört Euch!*, Berlin 2011, S. 18.

² Ebd., S. 19.

³ Allgemeiner Studierendenausschuss der TU Braunschweig u.a., *Gemeinsame Erklärung der Initiative "Hochschulen für den Frieden - Ja zur Zivilklausel"*, Braunschweig/Berlin 2011. <http://www.zivilklausel.de/index.php/zivilklausel-dokumentation/19...> (Abruf: 4.7.2014).

⁴ Vgl. Harald Müller, *Großmachtkrieg im 21. Jahrhundert?*, in: *Leibniz-Journal*, Juli 2014, S. 16 f.

also auch Hochschulen ihrer diesbezüglichen Verantwortung bzw. Mitverantwortung nicht entziehen dürfen.

Soll es ernsthaft um Frieden gehen, bedarf es der umfassenden Analyse der Ursachen von Friedlosigkeit und einer Friedensengagement hervorzubringen geeigneten Bildungsarbeit.⁵ Friedensforschung und Friedenspädagogik aber sind derzeit an deutschen Hochschulen kaum etabliert⁶, was darauf verweist, dass auch über die wichtigen Zivilklauseln hinaus wichtiges zu erstreiten bliebe.

Gewiss sind dabei Einsichten zur Geltung zu bringen, die derzeit weithin wenig populär sind, - Einsichten, die an das anknüpfen, was einmal "Kritische Friedensforschung" genannt wurde⁷: Einsichten der Art etwa, dass der Einsatz für Frieden nicht nur des konsequenten Engagements gegen Krieg und personale Gewalt bedarf, sondern darüber hinaus auch des Engagements gegen strukturelle Gewalt, gegen soziale Ungerechtigkeit, gegen gesellschaftlich erzeugte Armut und gegen die international wie innergesellschaftlich beharrlich wachsende Diskrepanz von Armut und Reichtum, gegen prekäre Lebensverhältnisse, gegen Sozialstaatsabbau und fortschreitenden Sozialdarwinismus, gegen einen neoliberalen Raubtierkapitalismus, dem das Prinzip der rücksichtslosen, der asozialen, der unfriedlichen Durchsetzung nicht verallgemeinerungsfähiger Interessen immer schon innewohnt. Denn strukturelle Gewalt ist, wie der norwegische Friedensforscher Johan Galtung⁸ es schon vor rund 50 Jahren überzeugend aufgewiesen hat, letztlich nicht weniger unfriedlich als Kriege es sind, - für die Opfer kann sie allemal die gleichen Folgen haben.

Bildungsinstitutionen sind heute, nachdem bildungspolitische Entscheidungen weitgehend privatwirtschaftlichen Einrichtungen überantwortet worden sind, selbst zunehmend zu Orten prekärer Verhältnisse, bildungsferner Zwänge und struktureller Gewalt geworden⁹, - zu Orten, deren Strukturen gerade auch im Dienste des Friedens in einem umfassenden Wortsinne dringend zu überdenken wären. "Bildung" ist gängigen Verständnissen zufolge eine auf die Vermittlung marktfähigen know-hows reduzierte Ware geworden, wogegen ein kritischer

⁵ Zur Konkretisierung vgl. Edgar Weiß, *Diskurs - Frieden - Pädagogik. Reflexionen zur Friedenserziehung und Politischen Bildung*, Kiel/Köln 1998.

⁶ Vgl. Edgar Weiß, *Politisch-pädagogische Perspektiven. Tendenzanalysen im Zeichen Kritischer Theorie*, Kirchvers 2012, S. 197 ff.

⁷ Vgl. Dieter Senghaas (Hg.), *Kritische Friedensforschung*, Frankfurt a.M. 1971; ders. (Hg.), *Friedensforschung und Gesellschaftskritik*, Frankfurt a.M. 1973.

⁸ Vgl. Johan Galtung, *Strukturelle Gewalt. Beiträge zur Friedens- und Konfliktforschung*, Reinbek 1975.

⁹ Vgl. z.B. Ingrid Lohmann/Rainer Rilling (Hg.), *Die verkaufte Bildung. Kritik und Kontroversen zur Kommerzialisierung von Schule, Weiterbildung, Erziehung und Wissenschaft*, Opladen 2002. - Ursula Forst (Hg.), *Unternehmen Bildung. Die Frankfurter Einsprüche und kontroverse Positionen zur aktuellen Bildungsreform*, Paderborn u.a. 2006.

Bildungsbegriff wiederzugewinnen wäre, - ein kritischer Bildungsbegriff, demzufolge für wirkliche Bildung die Fähigkeit und Bereitschaft zu kritischem - und das heißt unabdingbar auch: gesellschaftskritischem - Denken konstitutiv wäre.¹⁰

In diesem Sinne sollte das notwendig bleibende Engagement für Zivilklauseln nur als ein Anfang verstanden werden. Empörung, streitbarer Einsatz für Demokratisierung, für soziale, friedliche Strukturen im internationalen Bereich wie im Innern bleiben auch künftig angezeigt. Es entspräche den besseren Traditionen unserer Hochschulen, wenn entsprechende Impulse von ihnen ausgingen und von dort aus in die Diskussionszusammenhänge einer breiteren Öffentlichkeit eingespeist würden. Es wäre zu begrüßen, wenn aus ihren Reihen neue Impulse zur Etablierung interdisziplinärer Friedensforschung und zur Einrichtung entsprechender Lehrstühle und Studiengänge kämen; es wäre zu begrüßen, wenn in Abschlussarbeiten und Seminaren offen und engagiert über Möglichkeiten effizienter Friedensarbeit und über die heutigen, in vieler Hinsicht für alle Beteiligten unzumutbaren Studien- und universitären Arbeitsbedingungen diskutiert würde; es wäre zu begrüßen, wenn die strukturelle Gewalt in unserem Bildungssystem auch hochschulintern explizit zum Thema und wünschenswerte bildungspraktische Bemühungen freigesetzt werden könnten.

Die bildungspolitischen Innovationen des sogenannten Bologna-Prozesses hatten lediglich das Ziel, die Hochschulen an den Bedarf und die Prinzipien des Neoliberalismus anzupassen, d.h. die Hochschulen bedingungslos zu unternehmerischen Veranstaltungen zu machen und dem wesensgemäß unfriedlichen Diktat einer an privaten Profiten orientierten Ökonomie zu unterwerfen.¹¹ Die subtil gewaltsame, auf systematische Manipulation abstellende Neusprache, wie George Orwell Phänomene dieser Art genannt hat¹², eine Neusprache, die z.B. "Autonomie" verheißt, wo de facto die wachsende Abhängigkeit der Hochschulen von den ökonomischen Interessen finanzstarker Unternehmen gemeint ist, wäre in diesem Kontext unbedingt der kritischen Analyse bedürftig, denn Sprache und Bewusstsein sind untrennbar miteinander verschränkt. Es bliebe also gewiss genug zu tun, und das sollte, denke ich, nach der ermutigenden Initiative zugunsten der zivilen Selbstverpflichtung unserer Hochschulen nicht in Vergessenheit geraten.

¹⁰ Für nähere diesbezügliche Hinweise vgl. Edgar Weiß, Konturen des Bildungsbegriffs, in: Kritische Pädagogik. Zeitschrift für Allgemeine Pädagogik und ihre Grenzgebiete, 19. Jg., 2014, S. 59-155.

¹¹ Vgl. Clemens Knobloch, Wir sind doch nicht blöd! Die unternehmerische Hochschule, Münster 2012, 2. Aufl.

¹² George Orwell, Neunzehnhundertvierundachtzig, Frankfurt a.M./Berlin/Wien 1976.

